

Die Folge monatlich bei zweimonatlicher... 25.50 M., durch die Post 22.50 M., auschl. Aufstellungsgebühren...

Volke-Zeitung

Dieundfünfundzigster Jahrgang.

Die 6 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restformen...

Nr. 303.

Halle, Freitag, den 2. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Brüssel.

Am zweiten Juli werden die Verhandlungen in Brüssel beginnen. Ihr Grund erstreckt sich darin, den Nachhaken zu finden, auf Grund dessen die Deutschland auferlegte Entschädigung unter die Verbündeten verteilt werden soll...

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli, 1 Uhr. Der zur Beratung stehende Reichsnoteizell...

wird einstweilen abgesetzt, weil der Haushaltsausgleich die Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

mensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn usw. werden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Schlaf-Bohrungen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm.

Abg. Müller-Frankens (Soz.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen der Abgeordneten Heim und Schiffer. Das sei keine Partei nach 1 1/2 jähriger Regierungsstätigkeit...

Darauf kam Reichsfinanzminister Dr. Wirth in einer längeren Rede zu Worte, in der er ausführte, daß der Etat für 1920 erst in den großen Riffen stehe.

5 Milliarden für den Friedensvertrag, die aber kaum ausreichen würden. Dazu kämen aber 15 bis 16 Milliarden Restbeträge aus den Betriebsverwaltungen (Eisenbahnen usw.)...

Am Schluß seiner Ausführungen sagte der Minister u. a.: Wir stehen vor Spa und damit...

Rehen wir vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft wesentlich ab, sondern auch die Frage der gesamten europäischen Wiederabnahme...

Das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit

ist primär ein Wirtschafts- und Geld-Problem. Die ganze Welt muß von dem Geldwahn loszukommen suchen. Man darf nicht vergessen, daß internationale Schuldabtragungen erfolgen können...

Problem der Produktion

aus. Unter diesem wirtschaftlichen Gesichtswinkel ist die ganze Wiederherstellungsfrage zu behandeln. Wenn das Problem von Spa zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden soll, müssen Verhandlungen geführt werden...

An unserer guten Willen bei den Verhandlungen wird es nicht fehlen. Wir wissen, daß wir mehr als jedes andere Land unter den Lasten zu tragen haben werden, die der Krieg uns auferlegt hat.

Abg. Hente (U. S.): Er möchte den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Reichsfinanzminister viel Glück wünschen.

Der bairische Gesandte von Preger kommt auf die Bemerkungen des Reichsfinanzministers über die bairischen Geschäftslage zu sprechen, die höher seien, als die des Reiches.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt. Eine Diktatur ist stets von Unheil, wie uns auch die Militärdiktatur ins Unglück geführt habe.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung...

Verdienste der alten Regierung

Schleimrat Weiger: Das Reichsarbeitsministerium hat sich mit der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereits befaßt und begrüßt die Möglichkeit, mit Hilfe des von ihnen einzuwendenden Ausschusses diese Frage auf eine breitere Basis zu stellen.

Textilarbeiter Tadel: Unbegreiflicherweise ist bei der Zusammenstellung des wirtschaftspolitischen Ausschusses die Textilindustrie nicht berücksichtigt worden. Deutschland als Textilproduzent hat in der Frage der Aufträge vollkommen entbehrt. In diesem Hinblick verdient man zur Befreiung der Sicherheit einen Auftrag von 200.000 Meter Militärtextil an englische Firmen. (Sechstes hört, hört!) Die deutsche Industrie hätte diesen Auftrag zu den billigen Preisen ausführen können. Weiter sind von Deutschland 6 gleiche Aufträge ins Ausland gegangen, während bei uns hunderttausende von Textilarbeitern arbeitslos gemordet sind. Vom Reichsarbeitsrat ist kein Textilarbeiter, nach welchen Grundrissen die staatlichen Verwaltung die Aufträge vergeben. Deutschland muß seine Aufgabe darin sehen, die einzelnen Fabriken dem Nachbereich des einzelnen Unternehmens zu entziehen und sie selbst zu verwalten.

Der Antrag wird an den wirtschaftspolitischen Ausschuss verwiesen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Beratung über den Vorschlag der Ausschusskommission beauftragt Herr Reichrat den wirtschaftspolitischen Ausschuss zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die Beratung über den Betriebsratsentwurf wird nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt und dem Vorstand die Festlegung des Termins und der Tagesordnung für die nächste Sitzung überlassen.

Schluß 12¼ Uhr.

Lebensmittelkrawalle in Worms.

Worms, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Hier fanden große Ausstellungen und Plünderungen statt, die damit ihren Anfang nahmen, daß einzelne Speisefabrikanten vertrieben wurden. Nachdem gegen 7 Uhr der nach Tausenden zählende Demonstrationszug sich aufgelöst hatte, ballten sich an allen Ecken und Enden der Stadt große Trupps jenseitiger zweifelhafter Elemente zusammen, die in später Abendstunde mit der Plünderung begannen. Die geschlossenen Geschäfte wurden erbrochen und die Waren herausgeschleppt. In erster Linie wurden Süßwaren, Lebensmittel und Zigarrengeschäfte ausgeplündert. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten scheinen die Unruhen andächtig zu sein. Es wird mit weiteren Unruhen gerechnet, doch haben die Geschäfte dem durch die Herabsetzung der Preise für Schuhe und Lebensmittel bis zu 200 Prozent vorübergehend gestrichelt.

Worms, 1. Juli. In den letzten Abendstunden setzten sich die bereits gemeldeten Plünderungen fort. Alle großen Kolonialwarenhandlungen, sowie Schuhwarenhandlungen und Kleidermagazine wurden sämtlich ausgeräumt. Der Schaden dürfte etwa 2 bis 3 Millionen Reichsmark betragen. Die Plünderer handten Plünderungen nachts gegenüber der Mitternacht ersten der Plünderer trafen ein. Die Straßen wurden gesäubert. Die Franzosen blieben bis zum Morgen auf dem Marktplatz in Bereitschaft. Der nächtliche Wochenmarkt war trotz allem sehr gut besucht und die Preise setzten eine sehr erhebliche Senkung. Die Unruhen sind heute beendet.

Sonderzüge für die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 1. Juli. Die Reichsministerkonferenz hat am 28. Juni dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note überhandelt, nach der die deutschen Vertreter in den Abstimmungsgebieten von Allenstein und Marienwerder ermächtigt werden, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit eine Anzahl Sonderzüge die Wähler aus Deutschland herbeiführt, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Züge werden von Offizieren der Verbündeten begleitet sein, die die Ausweispapiere der Reisenden prüfen werden, um sich Sicherheit zu verschaffen, daß die Züge nur von Personen benutzt werden, die zur Abstimmung zugelassen sind.

Die schwarze Schande im Urteil der Neutralen.

Der Sturm ungeheurer Entrüstung, der durch ganz Deutschland geht angesichts der Greuelthaten, die die farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten verüben und noch verüben, hat endlich auch im neutralen Ausland ein Echo gefunden. Vor allem in Schweden. Den ersten Anlaß gab hier ein Aufruf von M. O. L. der behauptete, daß die an Zahl ungefähr 45.000 Mann betragenden Negertuppen, denen besonders die Beerdigung der Toten und des Saargebietes anvertraut wurde, zahlreiche Verbrechen verüben, indem sie rauben und stehlen und Stillsitzbesitzer schikimieren. Die führenden schwedischen Blätter haben es sich daraufhin angelegen sein lassen, einwandfreies Material zu sammeln, aus dem das neue „Die Franzosen“ betitelt Sonderheft der „Suedischen Monatshefte“ das wichtigste wiedergeben.

Remerkenswert sind vor allem die nachstehenden authentischen Angaben, die von der führenden liberalen Zeitung „Sodaholms Tidningen“ veröffentlicht wurden:

Unser Zeitung hat eine Sammlung von Urkunden erhalten, die auf die Verfälle im Okkupationsgebiet ein unheimliches Licht werfen. In erster Linie behandeln diese Urkunden eine große Reihe von Morden an Zivilpersonen, die ohne den geringsten Grund verübt zu sein scheinen. Als typisches Beispiel hierfür mag ein Fall von Worms gelten. Ein schwarzer Wachtposten beschloß einem deutschen Polizeibeamten zu halten, und bevor dieser Order ausgeführt werden konnte, erbeut er das Gewehr und schießt einen Mordtaten nieder, um sich dann zu entfernen. Alle Zeugen bestätigten diesen Sachverhalt, aber die französischen Behörden behaupten, daß den Wachtposten keine Schuld trifft.

Ein anderer Fall ereignete sich gleichfalls in Worms. Drei Kleinboote fuhren im Schlepptau den Fluß aufwärts. Ein schwarzer Wachtposten land am Strand, legte auf die Boote der Reihe nach an und feuerte gegen das dritte einen Schuß ab, der den linken Oberarm einer auf dem Boot befindlichen Frau zerhackte. Aus Anlaß dieses und mehrerer ähnlicher Fälle haben die Schiffer und Fischer am Rhein und seinen Nebenflüssen einen öffentlichen Protest gegen das Schicksal der Kleinboote abgegeben.

Ein drittes Beispiel für die Grausamkeit der Negertaten ist folgendes. Zwei Frauen, von denen die eine 70 Jahre alt war, befanden sich auf dem Wege von Mainz nach Weis-

lassen werden. Pässe für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor werden unter diesen Bedingungen nicht gefordert werden.

Königsberg, 1. Juli. Die Ankunft fremdbürgeriger Deutscher aus allen Teilen des Reiches ist bereits im vollen Gange. Mehrere Tausend sind auf dem Seewege vom reichsdeutschen Küsten und von da ab mit der Bahn an die einzelnen Abstimmungsgebiete weiter befördert worden.

Das völkerrechtswidrige Verhalten der Polen.

Berlin, 1. Juli. Wie die Abendblätter melden, beschließen sich die Polen systematisch sämtliche über den polnischen Korridor liegende Flugzeuge, die deutsche Abstimmungsgebiete mit Genehmigung der internationalen Kommission nach Ost- und Westpreußen zu bringen, mit Infanterie und Maschinengewehrfire. Ein deutscher Flugzeug wurde auf der Rückfahrt in Brand geschossen und stürzte ab. Der Führer land den Tod. Weiter verhindern die Polen den Transport der Abstimmungsgebiete auf der Eisenbahn dadurch zu verhindern, daß sie systematisch die Abstimmungsgebiete anhalten und diejenigen Personen, deren Abstimmungsanträge nicht den Stempel der britischen Abstimmungskommission tragen, zurückspülen.

Keine Fristverlängerung für Räumung der neutralen Zone.

Paris, 1. Juli. Der „Matin“ erklärt, daß die Völkerrechtler, die gestern die Angelegenheit der letzten Note der deutschen Regierung zum Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone auf dem linken Rheinufer prüfte, sich in aller Form dagegen ausgesprochen haben. Dieser Beschluß wird dem Obersten Rat bei seiner Zusammenkunft in Brüssel zweifellos unterbreitet werden.

Ennen und Malmedy.

Brüssel, 1. Juli. Nach dem „Volksrecht“ ist auf die deutsche Note an die Friedenskonferenz, welche Beschwerde über das belgische Vorgehen in Ennen und Malmedy, führt, die Antwort der Friedenskonferenz eingegangen, in der es heißt, daß die Konferenz weder der deutschen Regierung noch der belgischen Regierung Klagen in der Tatsache begründet hat, noch daß die von der belgischen Regierung aufgestellte Behauptung über die Beschaffenheit der Volksbevölkerung nicht mit dem Geist und dem Inhalt des Friedensvertrages übereinstimme. Die Note trägt dem die einzelnen Korridore zu enthalten und fast zum Schluß: „Die Konferenz ist sich nicht veranlaßt, es als nötig zu erachten, die belgische Regierung zu bitten, irgend eine von der belgischen Regierung vorgeschlagene Maßnahme zu ergreifen. Zudem sind die alliierten Mächte überzeugt, daß die belgische Regierung die einzelnen Korridore zu enthalten und fast zum Schluß: „Die Konferenz erwartet, daß Deutschland seinerseits jede Handlung vermeiden wird, die einen Schaden des Sinnen der Volksbevölkerung zu fügen, in sich trägt.“

Aus der Deutschen demokratischen Partei.

DKP. Die Deutsche demokratische Partei in Darmstadt hat am 25. Juni einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Verein versteht die schließliche Sorge der Parteileitung um die Gestaltung der Ordnung im Reich und die Vertiefung der Reichsverfassung in sich. Er ist mit der Parteileitung der Ansicht, daß die Interessen der Partei hinter die des Vaterlandes zurücktreten haben. Der Verein verurteilt es aber aufs schärfste, daß diejenigen politischen Kräfte in unserem Vaterland, denen zufolge der Wahl am 6. Juni die Verpfändung zur Übernahme der Verantwortung zuzumitteln, sich aus Parteinteresse dieser Verantwortung entziehen. Der Verein hofft, daß das Opfer, das die Partei bringt, nicht vergeblich gebracht wird.“

GutsMuths und die Gruppe der früheren Reichstagsabgeordneten ist im Alter von 70 Jahren in Königsberg nach der Part. Bz. gekommen. Ein Vertreter der Demokratie ist mit ihm dahingegangen, ein Mann, der in guten und schlechten Zeiten sich treu zur bürgerlichen Linken hielt und schon in der freien, während in der fortschrittlichen Volkspartei, für die

diese emtrat, die jetzt auch in der Deutschen demokratischen Partei ihre Vertretung finden. 1898-1903 hat er als reichstägiger Abgeordneter den Kreis Litfth-Niederung im Deutschen Reichstag vertreten und dort, wie auch in seiner Tätigkeit im engeren Rahmen der Parteiorganisation hat er sich Mühe und Liebe erworben.

Frankreich und die deutschen Kolonien.

Paris, 1. Juli. In der Kammer sprach der Abgeordnete Laffont über die den Alliierten abgetretenen deutschen Kolonien und behauptete, daß in dieser Frage noch keine endgültige Regelung erfolgt sei. Bezüglich der deutschen Kolonien Togo und Kamerun, die an Frankreich kommen, sei es notwendig, daß die Regierung in Epe die Rechte Frankreichs klar zur Geltung bringe. Er habe für den Frieden gestimmt und halte die Klausein bezüglich der Kolonien für genügend, verlaßend ab von der Regierung, daß diese Bestimmungen durchgeführt würden. (Beifall.)

Regierungsräte in England!

London, 1. Juli. (A. S. D. A.) Im Kabinett Lord George tritt es. Es sieht beinahe so aus, als ob der jetzt bedeutendste Minister ihren Abschied werden nehmen müssen, nämlich Chamberlain, Montague und Sir Eric Geddes. Chamberlain hat die gesamte City gegen sich, weil er die Krisenminister nicht leitete, sondern sogar nach erbat. Er erklärt, daß England damit leben und fallen müsse, während die Finanzkrise der City der Überzeugung sind, daß es ohne diese Steuer viel besser abgehen würde. Der Staatssekretär für Indien, Montague, hat das Militär gegen sich, weil er die Haltung des britischen Heeres in der Mittel-Ostlage nicht verteidigt hat. Sobald die Militär-Angelegenheit im Unterhaus zur Sprache kommt, dürfte sich der Minister auf schwere Angriffe gefaßt machen. Endlich hat der Minister für das Verkehrsministerium Sir Eric Geddes durch seine Gleichgültigkeit, die die Rechte und Interessen der Eisenbahngesellschaften geschädigt, letztere gegen sich aufgebrachte und viele verlangen jetzt sein Blut.

Deutsches Reich.

Der Zentralverein für Deutsche Binnenwirtschaft beschloß in seiner ordentlichen Hauptversammlung, der auch mehrere Regierungsvertreter beimwohnten, mit dem Wiederanbau der Wirtschaft in der Reichsrepublik im Zusammenhang mit dem Vertrag vom 1. Juli 1919, der die 399 des Berliner Friedensvertrages hin, wonach Schlepper und Schleppfähne in einer bestimmten Anzahl an die Ententeabnehmer abzuliefern sind. Was den Deutschen an Fahrzeugen verbleiben wird, dürfte qualitativ und quantitativ sehr gering sein. Was ist es fruchtlos, weil wir auf anderen Strömen etwas zu legen haben werden, da die auf diese entnationalisiert werden sollen. Kommt es zu einem Wiederanbau unserer Binnenwirtschaft, so werden die Ausschiffe, die sich damit zu beschäftigen haben, nicht bloß aus Reedern und Schiffbauern, sondern auch aus Technikern bestehen müssen. Das hat Plannur nicht bezweifelt, aber nicht auf. Sollen der Güte des Fahrzeuges. Man wird mehr Gerienbau treiben müssen, einfache Typen bevorzugen, auf gute Ausnutzung der Propeller besonderen Wert legen. In der Erörterung wurden neben politischen Gesichtspunkten auch die technischen Fragen besprochen und den Ausführenden der Reichsregierung zusammengefaßt. — Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt.

Der Hausatenausfluß des Reichstages genehmigte bei der Beratung des Notetats die Abgabe des Reichsministeriums, darunter 185 Millionen Reichsmark für Beschaffung von Wohnraum. In der eingehenden Ausdrucks über die Stellenanforderungen im Reichsministerium für die Reichsregierung wurde allezeit die Ausarbeitung der Reichsregierung für nötig erachtet. Der Reichstag beschloß drei dringende Anträge, die übereinstimmend die vorläufige Ausweisung des reformatorischen Abzuges von Lohn fordern, gemäß dem Beschluß des Vorkriegsausflußes an einen 200-tägigen Ausfluß zu übermitteln, der seine Beratungen unternommen und nichtschon übermorgen darüber berichten soll.

Danigs Überland gegen Verpaltung. Der Ausfluß der auswärtsigen Angelegenheiten in der verfassungsgewöhnlichen Verammlung lehnte den politischen Entwurf eines Staatsvertrages Polens mit Danzig ab.

Schon. Schon ist das Philharmonische Orchester durch finanzielle Schwierigkeiten in eine Lohnbewegung getrieben worden, die den Weiterbestand seiner Konzerte ernstlich zu gefährden droht, und nun hat Prof. Siegfried Ochs, der verdienstvolle Leiter des mit dem Philharmonischen Orchester eng verbundenen Philharmonischen Chors, die Konzerte abzusagen. Einmalig gefaßt der Chor, der mit dem Orchester zusammen den Grundstock des Berliner Konzertlebens bildet, aufzulösen. Leicht wird Ochs der Entschluß nicht gemordet sein, seine Truppen, mit denen er Sieg auf Sieg erlangte, zu demobilisieren. Aber die Verhältnisse haben sich auch hier stärker als die Menschen erwiesen.

Der Philharmonische Chor ist nicht, wie es das Schicksal der meisten alten Gesangsvereine ist, an Altersschwäche, nein, er leidet vielmehr auf der Sonnenhöhe seines Ruhmes in voller Schönheit aus dem Leben. Vor 38 Jahren hat der junge Frankfurter Müller Siegfried Ochs, der an der Berliner Hochschule unter Friedrich Kiel seine musikalische Ausbildung erhalten hatte, seinen Verein der belgischen Verhältnisse gegründet. 1888 nahm der kleine Verein den Namen Philharmonischer Chor an, den er in der Folge zu so hohen Ehren bringen sollte. Schon drei Jahre später hatte der energische, zielstrebige Chorleiter seinen Verein zu hochgebracht, daß hans von Bülow es wagen konnte, mit ihm Westhoens neue Sinfonie aufzuführen. Von nun an stiegen das Philharmonische Orchester und der Philharmonische Chor nebeneinander zu Leistungen empor, die sich als hochtragende Gipfel aus der Zeit des Berliner Konzertlebens herausheben. Es sei hier nur die vorbildlichen Aufführungen von Bachs H-Moll-Messe und des Beethoven'schen Prometheus, sowie an die wunderbaren Darbietungen der Bach'schen Kantaten erinnernd. Die künftigen Großtaten des Ochs'schen Vereines stehen im übrigen noch in so früher Erinnerung, als daß man auf Einzelheiten eingehen brauchte. Der Verlust, den die Auflösung des Philharmonischen Chors für das Berliner Musikleben bedeutet, ist unermesslich, und heute noch gar nicht abzuschätzen. Ein Trost im Unglück ist, daß wenigstens die Kerntruppen des Philharmonischen Chors durch die Angehörigen an den Chor der Berliner Hochschule, in deren Lehrkörper Prof. Ochs eintritt, als Musikförder erhalten bleiben. Damit besteht die Hoffnung, daß sich Mittel und Wege finden werden, in einer oder der anderen Form den trefflichen Philharmonischen Chor seinem künftigen Zweck weiter dienlich zu machen.

Ein Senegalneger rief die jüngere an, und da sie sich mit ihm nicht einlassen wollte, ließ er ganz einfach die 70 jährige Frau nieder.

Aber die Urkunden enthalten auch andere Verbrechen und besonders gegen die richte hat ein Sturz der öffentlichen Meinung. Es handelt sich um die zahlreichen Fälle von Vergewaltigungen junger und alter Frauen in den besetzten Gebieten. Die Urten bescheiden, daß die Verbrechen folgen mitten am Tage begangen werden und daß ihnen weibliche Personen von Kindesalter an bis hinaus zu 78 jährigen Greisinnen zum Opfer fallen. Das geht so weit, daß sich die Negert zu kleinen Bänden zusammenzogen und Frauen auf dem Wege von der Arbeit überfallen, um sich die jüngsten davon auszulassen und sie fortzuschleppen. Junge Mädchen und Frauen verführten spurlos und manchmal werden dann die Zeichen ermordeter Frauen gefunden.

Die Tatsachen sprechen für sich selbst und bedürfen wahrhaftig keiner weiteren Auslegung. Vielleicht verdient noch hinzugefügt zu werden, daß nach früheren Nachrichten der größte Teil der farbigen Truppen infestlich ist.

Auch der schwedischen Regierung müssen authentische Mitteilungen vorliegen, denn Staatsminister Branting erklärt am 10. Mai in einer öffentlichen Rede, er habe sich überzeugen können, daß an den Berichten über die Schandthaten der Negert, nur allzu viel Wahres daran sei.

Die schwedischen Proteste gegen die Barbaree in den besetzten Gebieten nehmen kein Ende. Frauenerne, Arbeitergenossenschaften, Ärzte und andere Organisationen legen mit flammenden Worten Einspruch ein. Amerikanische Stimmen werden laut, die empört Stellung der Grenzland fordern. Aber anbetri Artigkeit und heuchelt. Ja gerade wenn die Verbrechen ihrer furchigen Schme, um so den Verneinungstriebe gegen das deutsche Volk auch im Frieden noch weiterzuführen. Das ist der Sieg jener „culture“, um die der Weltkrieg geführt wurde. „Das Gemissen der Welt schläft“, sagt „Dagens Tidning“ und „Svenska Dagbladet“ fragt mit Recht: „Wo ist der Völkerverd, dessen Bestimmung es doch war, weiteres Unrecht auf Erden zu verhindern?“

Das Ende des Berliner Philharmonischen Chors.

Die musikalischen Kräfte der Zeit machen sich auch im deutschen Musikbetrieb immer empfindlicher bemerkbar und haben selbst das blühende Berliner Musikleben nicht verschont.

Rein kaiserlicher Staatspräsident. Der Verfassungsausschuss der Reichskammer lehnte einstimmig einen Staatspräsidenten für Sachsen ab, der aber gleichzeitig Reformminister sein soll.

Ausland.

Vernehmliche Aufnahme des Boykotts gegen Unruhen.
Wien, 30. Juni. (Eig. Meldung.) Ueber den Stand der Verhandlungen zwischen der internationalen Gewerkschaftskommission und der ungarischen Regierung wird aus informierten Kreisen mitgeteilt: Wenn die Verhandlungen bisher auch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, so ist doch ersichtlich, daß es in allerhöchster Zeit zu einem Abkommen des Boykotts kommen wird. Die Stimmung in den internationalen Gewerkschaftskreisen geht dahin, daß durch die Aufgabe der Verneinung des Boykotts und dessen wirksame Durchführung für die internationalen Gewerkschaften ein moralischer Erfolg erzielt werden wird. Die internationale Gewerkschaftskommission wird sich damit begnügen, diese Aufgabe in einer Veröffentlichung zum Ausdruck zu bringen; sie wird ferner aber auch den Arbeiterbund anrufen und ihn ermahnen, die futuristischen Forderungen in Ungarn zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. Juli 1920.

Berufsvorbereitung erwerbsloser Frauen zu Hausangestellten.

Der Reichsarbeitsminister weist in einem Rundschreiben vom 22. Juni 1920 die Leiterinnen der Häuser darauf hin, daß die Internierung weiblicher Erwerbsloser für hauswirtschaftliche Arbeiten noch dringend weiterer Förderung bedürftig ist. Die Kosten für die Berufsvorbereitung können, soweit es nötig ist, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten werden.

Familien-Nachrichten

Geheben: Dr. med. Wohltrabe (S.), Scheerders; Karl Kühne (S.), Engerhausen.
Verlobte: Hedwig Lerner, Halle—Johes Zimmer, Weisitz. Annemarie Denter—Oberregisseur Dr. phil. Edgar Groß, Halle. Emilie Otto, Dammner—Louis Wedmann, Braunschweig. Elia Derrmann, Sorde—Arthur Zellina, Wittenberg.
Verlobte: Ingeborg Pauli Dörner—Margarete Betge, Rittergut Groß bei Robbshausen.
Gestorben: Ella Mehlis, Halle. Gustavskar Carl Vogel, Döllitz a. R. Hofdirektor a. D. Oskar Weber, Bad Sachsa. Wilhelm Heide, Seife, ex. Trauermann, Duerstorf. Rudi Jensch, Weisitz. Hermann Meißel, Döllitz.

Schwurgericht.

In der Sitzung am 30. Juni unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dörner wurden als Geschworene ausgewählt die Herren Gutschewitz Ernst Mittel-Dobau, Dober Karl Martin-Galle, Schöffler Karl Spieß-Galle, Schneider Emil Sturt-Galle, Gutschewitz Bernhard Gant-Weihen, Gärtner Alwin Klein-Weiburg, Gemeindefürsorgebeamter Robert Weisitz-Galle, Gutbesitzer Dr. phil. Hans, Gutschewitz Karl Höpfer-Klein-Galle, Privatier Waldemar Klein-Galle, Tischler Theodor Dörner-Galle, Betriebsleiter Werner Jordan-Galle. Die Anklagebehörde vertrat Anwalt Dr. Giffel, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Justizrat Kronsohn und Bennewig.

Wirtschaftliches Meinbild.

Legte die Anklage einem Ehepaar zur Last; die nichtöffentliche Verhandlung endete mit der Freisprechung der Angeklagten, die sofort aus der Haft entlassen wurden.

Von der Heimarbeit während des Krieges handelt die wissenschaftliche Zeitschrift des statistischen Monatsberichts für März 1920. Höchst wertvollen Aufschluß erhalten wir durch die Darstellung der Heimarbeit in den Jahren 1914 bis 1919 in Halle. Der Umfang der Heimarbeit, die Zahl der Betriebe, welche Heimarbeiter beschäftigen, die Heimarbeiter in einem bestimmten Werkbezirk, die Beteiligung der beiden Geschlechter an der Heimarbeit und der Familienstand der Heimarbeiter werden für die Jahre dargestellt. Der Krieg hat danach die Heimarbeit mächtig einengern und er hat von allem die Heimarbeit der verheirateten Frauen und Kindern am stärksten betroffen, wobei außerdem zahlreiche wichtige Beobachtungen über die Bevölkerung, die Wohnungen, den Arbeitsmarkt usw. mitgeteilt.

Caesar — Verein der Hundefreunde E. A. Halle e. V. (S. D. C.), veranstaltet am Sonntag, den 18. Juli, z. B. eine Polizeibühnen-Prüfung auf der Fordererzennungsanstalt des Schütz. Ziv. Kenn- und Wiedererkenntnis, Halle (Waldenburger Wäldchen). Die Prüfung ist von der Delegierten-Kommission (S. D. C.) und dem 1. Deutschen Polizeibühnenverein, über die Sitzung, jetzt Duisburg (S. H. K.) anerkannt und genehmigt. 12 Hunde werden zur Prüfung zugelassen, 5 Geldpreise in Höhe von 150 bis 500 Mark sind garantiert, dazu kommen noch Prämien, und Ehrenpreise. Unter letzteren befindet sich bereits ein Geldpreis vom Deutschen Rotkreuz Club E. V. (S. D. C.) im F. H. H. Von anderen Spezialvereinen werden gleiche Zuwendungen erwartet. Als Preisrichter kommen die Herren Polizeikommissar Schreiber, dessen Polizeikommissar Wietze und Kaufmann Hofmann, Halle, in dankenswerter Weise zugezogen. Meldebüchlein ist bis 11. Juli. — Alle Anfragen und Zusendungen wolle man an den Leiter der Prüfung und Geschäftsstelle, Herrn W. Heine, Ingenieur, Halle a. S., Humboldtstr. 48, I. richten, von wo aus die Anmeldeformulare zu beziehen sind.

Provinzial-Nachrichten.

Einigung im Elektrizitätsarbeiterstreik.

Greifswalden, 1. Juli. Der Streik der Elektrizitätsarbeiter in Golba ist beendet worden. Gestern fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen mit Direktoren des Werkes und einer Abordnung der Arbeiter statt, bei denen es zu einer Einigung gekommen ist. Der Streik des Fernverkehrs, das nach dem größten Teil der in Berlin benutzten Stromes liefert, ist heute normiert wieder aufgenommen worden. Damit ist auch ein Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter vermieden worden, deren Vertreter bereits ein Minimum gefordert hatten.

!! **Alkoholverbot.** 1. Juli. (Zwei Bergleute auf dem Hohentalschlagertunnel.) Die beiden Hüner Dr. Büttner und Wilhelm F. H. waren vor Ort mit Streubanden beschäftigt und mußten hierbei zufällig auf eine Balladerde stoßen. Die plötzlich hervorbrechenden Wasserfluten waren so gewaltig, daß es den Anwesenden nicht möglich war, sich zu retten und beide mußten ertrinken.

× **Damburgen.** 30. Juni. (Für 300000 Mark F. H. benannt beschlagnahmt.) Auf dem Bahnhof beschlagnahmte die Polizei mehrere Rabatten auswärtsbenannt im Gesamtwert von 300000 Mark, die ohne Genehmigung im Ausland verschoben werden sollten.

(7) **Wien, 30. Juni.** (Die Schiffsbauer) der hiesigen Werften sind wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

8 **Regensburg, 30. Juni.** (Von dem Landratsamt.) Am 28. dieses Monats hat der hiesige Polizeibeamte der Stadt Treptow, Dr. Wiese, die Bewilligung des hiesigen Landratsamtes vertretungsweise übernommen.

† **Sangerhausen, 30. Juni.** (Nachfrage von dem kommunikativen Bauange.) Beschäftigt wurde die geschiedene Frau Anna Sturdt, die schon am 18. Mai wegen Verdachts der Hehlerei gelegentlich des Raubraubes am 15. Mai in Sangerhausen verhaftet, aber wieder freigelassen war. Am 21. Juni wurden bei einer Hausung in einem Nebenzimmer verborgen 1800 Mark in neuen fünfzigmarkigen Scheinen im Kofferbehälter gefunden.

? **Chemnitz, 1. Juli.** (Neue Verlesung des Bürgermeisters.) Da Bürgermeister Lübbedens in nächster Zeit Zeit zu verlieren gedenkt, haben sich die Stadträte in ihrer Sitzung am Freitag mit der Besetzung des Postens des Zweiten Bürgermeisters zu beschäftigen.

Vermischtes.

Pulverexplosion im „Alten Lager“ zu Jüterbog.

Berlin, 30. Juni. (Eig. Meldung.) Heute Nacht gegen zwölf Uhr explodierte das Pulvermagazin II des Artilleriedepots Jüterbog, in dem ca. 600 Zentner Schwarzpulver lagerten. Die Explosion war so gewaltig, daß im Umkreise von ca. 500 Meter sämtliche Gebäude schwer beschädigt, zum Teil zerstört wurden. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Da außer den Beamten der Nachschicht und einigen Soldaten von sämtlichen Posten niemand anwesend war, so wurden nur 8 Soldaten durch umherliegende Splitter leicht verletzt. Um weitere Explosionen zu verhüten, hat der Kommandant des Lagers das gesamte Gelände im weiten Umfange militärisch abgesperrt lassen. Wie uns hierzu von zuständiger militärischer Seite mitgeteilt wird, erscheint auf Grund der sofort angeordneten Untersuchungen der Verdacht nicht unbegründet, daß Brandstiftung vorliegt.

Mit nur 8 Stunden geht es nicht! Reichskommissar Weichelt hat jedoch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einen Schiedspruch gefällt, trotz dessen die Straßenbahnangelegenheiten nicht mehr nur 8, sondern fünfzig 8/8 Stunden Arbeitszeit haben.

Der Kinematograph im Dienste der Materialprüfung. Die Kinematographie dient bei Festigkeitsprüfungen von Materialien, wobei die sehr rasch vor sich gehenden Veränderungen, verursacht durch Druck und Zug, registriert, somit gemessen werden können. Ferner kann man mit der Kinematographie die aufeinanderfolgenden Veränderungen des Kristallgefüges, das beim Durchschneiden eines Metallstückes erkennbar ist, mit ziemlicher Genauigkeit aufzeichnen. An Stelle des Indikatoren, der z. B. beim Dampfhammer Aufnahme anzeigt, ist jetzt durch eine kinematographische Aufnahme des im Betriebe befindlichen Hammers unter Zufühlnahme einer Sekundenuhr die Leistung des Hammers ermittelt.

Leute Feigen. Die Kölner Wuchererkammer beurteilte einen Kunsthofschaffbrantanten, der für 300000 Mark Feigen gekauft hatte, um sie angeblich in seinem Werke zu Kunsthof zu verarbeiten, fe aber der Raffee-Gratz-Industrie zur Herstellung von Feigenlaffee zum doppelten Preise verkaufte. Der Strafrichter lautete auf 30000 Mark, aber der Vorsitzende der Wuchererkammer erklärte, daß eine Preissteigerung bei einem so unerhörten Wucher, wo nur 10 Prozent erlaubt seien, unzulässig sei. Die Raffee-Gratz-Industrie und Versicherung behing eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und 100000 Mark Geldstrafe, die auch ausgesprochen wurde. Die Feigenporträte wurden für beschlagnahmt erklärt. (Würde doch überall so scharf der Wucher gestraft!)

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die deutschen Vertreter für Spa.

Wien, 1. Juli. Zur Konferenz der Reichstanzler Lehrenden, der Reichsminister des Neuherrn, Dr. Simons, sowie die Reichsminister Birck, Scholz und Hermes begeben. Ingesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Stützpersonal nach Spa gehen.

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten trat am Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Neuherrn erstattete eingehenden Bericht über die Vorbereitungen der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuß, ohne in eine Besprechung einzutreten.

Beginn der Brüsseler Finanzkonferenz.

Saag, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die interalliierte Finanzkonferenz in Brüssel wird morgen ihre Beratungen wieder aufnehmen, die der Verteilung der deutschen Kriegsschuldung unter den Alliierten gelten. Den Pariser Vätern zufolge dürften die Erörterungen der verbündeten Staatsmänner keinen großen Zeitraum ausfüllen, da eine Einigung im Prinzip bereits feststeht. Man vermutet damit, daß die Konferenz die Abreise der Teilnehmer nach Spa am Sonntag erfolgen dürfte. Der italienische Delegierte Bartolini weist schon in Brüssel, während mit Marshall Le Troquer und Hoch trat heute in Brüssel ein. Lloyd George kommt in Begleitung von Curzon, Borchgrevink und Evans, der an Stelle Chamberlains an der Besprechungs teilnimmt. Als Berater in Militär- und Marinefragen sind Marshall Wilson und Admiral Beatty in der englischen Abordnung vertreten.

London, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Vor seiner Abreise nach Brüssel berief Lloyd George gestern den kaiserlichen Rat ein, um den englischen Standpunkt bei der Wiedergutmachungs- und Entschädigungsfrage festzusetzen. In den Besprechungen nahmen außer den Mitgliedern des Kabinetes auch die Vertreter der Dominions teil. Nach dem Verlaufe der Presse hat der Rat endgültig die von Lloyd George auf der nächsten Konferenz einzusetzende Haltung festgelegt.

Laurent bei Coert.

Wien, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten französischen Vizepräsidenten Laurent zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Unterzeichnung hielt der Reichspräsident eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Der Herr, die amtlichen Beziehungen unterer beiden Länder in vollem Umfang wieder herzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen zu ihrem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenarbeiten zwecks Heilung der Wunden des Weltkrieges und zum schnelleren wirtschaftlichen Wiederaufbau von Europa in christlicher Ausführung des Friedensvertrages, der hiermit die gemeinsame Urkunde aller ihm zeichnenden Mächte sein wird.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten: „Mit Genugtuung entnehme ich Ihren Worten, daß es Ihr erster Wille ist, daran mitzuarbeiten, die Wunden, die der Krieg unseren beiden Völkern zugefügt hat, zu heilen und in Ausführung des Friedensvertrages durch eine gemeinsame fruchtbarere Arbeit das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin ich mit der deutschen Regierung erfüllt.“

Von der Friedensdelegation in Paris.

Wien, 1. Juli. Die Friedensdelegation in Paris überreichte heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelte die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Kriegsgutmachung. Die zweite leit in einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuernellen eingepreist hat. In einer Beilage wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, als vor dem Kriege. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen soll (wegen der unzulässigen Besprechungen in Spa) nicht gleichzeitig in Deutschland, keine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit seiner Kräftigung vorgelegt, das von 22 hervorragenden, in wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnet ist.

Französische Kritik am Frieden von St. Germain.

Paris, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Senat ratifizierte mit 283 gegen 22 Stimmen den österreichischen Friedensvertrag. Von verschiedenen Seiten wurde eine scharfe Kritik an dem Vertrag geübt, da Desterreich, so wie es durch den Vertrag geschaffen würde, nicht lebensfähig sei. Millerand betonte trotzdem, daß Frankreich sich der Vereinigung Österreichs mit Deutschland widersetzen würde. Es habe die Handbände dazu, da der Völkerverbund eine dauernde Verbindung nur einstimmig ansprechen könnte. Senator Albertin trat für die Vereinigung der Dominionen ein. Senator Demozelle erklärte, er habe gegen seinen Willen den Friedensvertrag von Versailles als Abgeordneter ratifiziert, aber er könne den Friedensvertrag von Saint Germain nicht billigen, weil er in Europa den Frieden nicht wiederherstelle.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Saag, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) An den Verhandlungen zwischen Lloyd George und Krassin am Dienstag nahm nur noch der britische Handelsminister und ein Dolmetscher teil. Sie dauerten von 5 1/2 bis 7 Uhr abends und verliefen nach einer Weile in die „Mandarin“ von „Lloyd“ inoffiziell betrieblen. Am die Frage über die Entschädigung für konfiskierte englische Privatanklagen in Rußland bietet noch Schwierigkeiten, an denen aber die Verhandlungen nicht scheitern können. Vertreter englischer Fabriken verhandeln bereits mit Krassin und legen großen Wert auf einen befriedigenden Verlauf der Beratungen.

Die französischen Arbeiter gegen die Orientexpedition.

Paris, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die französische Sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Arbeitsbund haben in ganz Frankreich eine Protestbewegung gegen die Expedition nach dem Orient organisiert.

Die Pensionsberechtigung der Minister.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung beriet heute einen Antrag des Vertriebenentages Dr. Bernhardt, wonach die Pensionen von Beamten während ihrer Amtsdauer ein festgesetztes Amt, einen Beruf oder ein Gewerbe persönlich oder durch Vertretung auszuüben. Als Ersatz dafür sollen sie, wenn sie länger als ein Jahr im Amt gewesen sind, eine Pension beziehen, ebenso soll ihnen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung gewährt werden, doch sollen sie verpflichtet sein, sich auf das Aufhebehalt diejenigen Beträge anrechnen zu lassen, die sie durch die Ausübung eines Berufes oder Gewerbes erwerben. Die Ansichten über die Frage der Pensionsberechtigung der Minister waren geteilt. Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Minister im heutigen Staate nicht Beamte seien und daß man ihnen deshalb auch keine Pension gemäßen könne. Andererseits wurde geltend gemacht, daß, wenn man den Ministern die Ausübung eines Berufes verbiete, es dahin komme, daß nur reiche Leute Minister werden können. Zu einer Abstimmung über den Antrag kam es noch nicht. Man will versuchen, eine gemeinsame Formel zu finden. Die Weiterberatung der Verfassung wurde auf morgen vertagt.

Ein Steinkohlen-Gesch.

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Ein Geschwändurj zur Aufschlüsselung von Steinkohlenfeldern ist der preussischen Landesversammlung zugesprochen.

Dr. Wagner erschossen?

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ melden: Gerichten zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Auch über das Schicksal Dr. Holtmanns verläßt nach belangloserrungen Dunkel. Der deutschen Bevölkerung hat es eine große Hoffnung bereitet.

